

# Ohne Sportstätten kein Sport

## Deutsche Breitensportmisere: Christian Siegel, Ressortleiter Sportstätten beim DOSB, hat einen Plan zur Abhilfe

Von Andreas Müller

Bis 2036 soll jeder Einwohner dieses Landes in höchstens einer Viertelstunde Wegzeit von der Haustür entfernt eine moderne, komfortable, einladende Sportstätte vorfinden. So sieht es der »Masterplan Zukunft« des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) vor. konzentrieren »Das ist eine sehr ambitionierte Zielperspektive, die unter den aktuellen Rahmenbedingungen nur mit erheblich verstärkten Investitionen erreichbar ist«, erklärt Christian Siegel, Ressortleiter Sportstätten und Umwelt beim DOSB, gegenüber *jW*. Mit Blick auf die aktuelle Sportstättenmisere und den vom DOSB geschätzten Sanierungsbedarf von mindestens 31 Milliarden Euro wirkt diese Einschätzung nachvollziehbar. Allein zwei Milliarden pro Jahr wären vonnöten, um den Status quo der baulichen Substanz zu erhalten.

Weit realistischer würde der Zehnjahresplan, so der 53jährige, wenn man dieses Thema anders als bisher üblich betrachtete und nicht auf überdachte, vor Wind und Wetter schützende Gebäude und von Zäunen umgebene Anlagen, Stadien und Schwimmbäder verengte. »Ohne Sportstätten kein Sport, das ist doch klar. Doch für mich gehören die Bewegungsmöglichkeiten im Freien und in der Natur dazu. Zeitgemäß ist meines Erachtens eine Gesamtbetrachtung, bei der Sportstätten und Bewegungsräume zum Beispiel im Wasser oder im Wald zusammengedacht werden.«

In Deutschland existieren rund 231.000 klassische Sportstätten inklusive Sportvereinszentren, Schießsportanlagen und vieles mehr. Hinzu kommen rund 370.000 Kilometer Reitwege, Laufstrecken oder Loipen. Kein anderes Land der Welt weise, so der Experte, für seine Bevölkerung eine solche Fülle an Einladungen zu sportlicher Betätigung auf - ob im Verein organisiert oder außerhalb davon, bis hin zur privaten Joggingeinheit auf asphaltierter Straße.

Dem Einwand, sein Verweis auf natürliche Ressourcen für den Sportbetrieb könne in Zeiten massenhaft sanierungsbedürftiger Sportstätten missverstanden und als Idee gedeutet werden, aus der gesellschaftlichen Not kurzerhand eine Tugend zu machen, widerspricht Siegel sofort. Es gehe nicht um ein Entweder-Oder, sondern um eine zeitgemäße Ergänzung klassischer Sportstätten um attraktive Bewegungsräume im Freien. Gerade in Zeiten, da kommunale Stadt- und Landschaftsplaner die öffentlichen Bewegungsräume immer stärker in den Fokus nehmen, sei es wichtig, die Perspektiven des Sports dabei angemessen zu berücksichtigen.

Zugleich eröffnen Bewegungsräume zwischen Seen, Wald und Flur laut Siegel auch für Sportvereine neue Chancen – etwa für niedrigschwellige Angebote zur Gewinnung neuer Zielgruppen und Mitglieder. Für ihn persönlich, der sich beim Dachverband seit rund 25 Jahren mit Sportstätten befasst (seit acht Jahren als Ressortleiter), sei eine solche Gesamtbetrachtung schon immer selbstverständlich gewesen. Sein Hinweis auf die Bewegungsvarianten im Freien sei demzufolge keinesfalls als Ablenkung vom gewaltigen Sanierungsstau zu verstehen, betont Siegel. Ganz im Gegenteil sei man beim DOSB seit Jahrzehnten in steter, von der Öffentlichkeit zumeist unbemerkter Wühlarbeit bemüht, der Bundespolitik ein möglichst langjähriges und angemessen ausgestattetes nationales Sportstättenanierungsprogramm abzurufen, das diesen Namen verdient.

Mit mäßigem Erfolg bislang. Man denke nur an den jüngsten Kraftakt, um den Bund davon zu überzeugen, dass von den 100 Milliarden Euro, die aus dem »Sondervermögen« zur Verbesserung der Infrastruktur den Ländern zufließen, auch Sportstätten bedacht werden dürfen. Die größte Hürde: Es handelt sich um freiwillige Leistungen, weil nach Gesetzeslage die Länder und Kommunen für die existentiellen Grundlagen des Breitensports allein verantwortlich zeichnen – und mit diesem Auftrag inzwischen komplett überfordert sind, wie anhand des jüngsten Bundesprogramms zur »Sanierung kommunaler Sportstätten« leicht zu erkennen ist. Von den 333 Millionen Euro aus der ersten Tranche dieses Programms profitieren 314 Projekte zwischen Aachen und Zülpich, darunter die Radrennbahn in Gera, die Eissporthalle in Erfurt, die Jahn-Sporthalle in Görlitz, das Volksstadion in Greifswald, die Wischeland-Halle im Landkreis Stendal und die Sportfreianlage in Wilkau-Haßlau bei Zwickau. Schön und gut – nur hatten sich zwölfmal so viele Städte und Gemeinden um finanzielle Beihilfen beworben.

Damit Antragsteller bei den Mitgliedern des Bundestagshaushaltsausschusses, die das Geld verteilten, überhaupt eine Chance hatten, mussten sie mindestens 55 Prozent ihrer Investitionskosten selbst aufbringen. Weil außerdem das Minimum der Fördersumme vom Bund bei 250.000 Euro liegt, brauchte sich gar nicht erst zu melden, wer nicht mit einem Projekt in der Größenordnung von mindestens 555.550 Euro antrat. Für Christian Siegel einer der Kritikpunkte. Sanierungsmaßnahmen im Bereich ab 50.000 Euro könnten in vielen Kommunen schnell Wirkung entfalten, doch solche »Kleinreparaturen« werden vom aktuellen Förderprogramm gar nicht berücksichtigt. Die Absenkung der Mindestfördersumme unter 250.000 Euro scheint auch in der Bewerbungsphase um die zweite Tranche mit wiederum 333 Millionen Euro nicht vorgesehen, die im Herbst 2026 anlaufen soll.

Zudem ist Siegel skeptisch, ob sich dann parallel zu den Kommunen auch Sportvereine direkt um die Fördermittel bewerben dürfen, wie es dem DOSB vorschwebt: Schließlich wäre da noch der dritte und wichtigste Wunsch des Dachverbandes. Zu gern würden es Siegel und seine Kollegen sehen, wenn den ersten beiden Tranchen weitere folgten und damit über 2027 hinaus eine verlässliche Summe aus diesem Topf zur Verfügung stünde. »Dafür lobbyieren wir, doch wir schaffen es nicht allein«, betont der DOSB-Ressortleiter und verweist auf die Notwendigkeit breiter Allianzen wie die seit 2008 begründete Partnerschaft zwischen DOSB und kommunalen Spitzenverbänden, die gerade unter Einbeziehung auch des Deutschen Landkreistages weiterentwickelt

werde. »Lösungen in diesem harten Politikfeld werden wir nur gemeinsam hinkriegen. Nicht, indem wir gemeinsam jammern oder gegenseitig auf Konfrontation gehen, sondern indem wir die dramatische Situation bei den Sportstätten immer wieder gemeinsam beharrlich thematisieren.«

Unlängst kam es zumindest zu einem Etappensieg. Aus Anlass des Tages der Städtebauförderung am 9. Mai forderten die Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Bundestag, ihre Regierungskoalition solle das »Programm zur Sanierung kommunaler Sportstätten« um zwei Jahre und »mindestens auf dem bisherigen Niveau« verlängern. In Summa ergäbe das mindestens vier Tranchen à 333 Millionen Euro. Die vielbeschworene »Sportmilliarde« existierte dann endlich nicht mehr nur auf Papier.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/523834.sportpolitik-ohne-sportstaetten-kein-sport.html>*